



## „Wir werden es uns weiter schwer machen“ – Aber mit hohen Kosten für die Ukraine

**Dr. Klaus Olshausen**

**August 2023**

### **Zusammenfassung**

---

Nach dem Sommerinterview des Bundeskanzlers und den Entscheidungen Dänemarks und der Niederlande eine Woche später, der Ukraine größere Zahlen von F-16 Kampfflugzeugen zur Verfügung zu stellen, wirkt „weiter schwer machen“ vor allem orientiert an der innenpolitischen Stimmungslage – insbesondere bei der SPD – mit dem selbstabschreckenden Mantra vor Eskalationsrisiko bei jedem Waffensystem. Der Bundeskanzler muss sich entscheiden, ob seine Forderung, „Russland muss sich aus der Ukraine zurückziehen“ endlich mit allen verfügbaren Mitteln unterstützt wird und deshalb der Marschflugkörper TAURUS jetzt geliefert wird. Alles andere erhöht das Leiden der Ukraine, verlängert den Krieg und „belohnt“ den Aggressor.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

„Wir werden es uns weiter schwer machen“. Dieser Satz von Bundeskanzler Olaf Scholz im Sommerinterview am letzten Sonntag mag der Stimmungslage mancher Deutschen bei Fragen der militärischen Unterstützung der Ukraine entsprechen. Faktisch wird es aber die Selbstverteidigung der Ukrainer schwerer machen und ihr Leiden und Sterben an der Front und im ganzen Land jeden Tag verstärken und unnötig verlängern.

Seit Monaten bittet die Ukraine westliche Staaten um die Lieferung weitreichender Marschflugkörper. Im Mai entschied die britische Regierung, der Ukraine ihren Marschflugkörper STORM SHADOW zur erfolgreichen Verteidigung gegen militärische Ziele in der Tiefe des Raumes zur Verfügung zu stellen. Präsident Macron hat am Rande des NATO-Gipfeltreffens am 11. Juli erklärt, dass Frankreich seinen Marschflugkörper SCALP ebenfalls zur Verfügung stellen wird. Auch an Deutschland hatte die Ukraine schon seit Wochen die Bitte gerichtet, den Marschflugkörper TAURUS für diesen Zweck der Ukraine als wichtiges Element der Selbstverteidigung zur Verfügung zu stellen.

In all diesen Wochen führt die Ukraine schwierige, verlustreiche Kämpfe im Süden und Südosten, um besetztes Gebiet zurückzugewinnen. Die Soldaten vor Ort wissen, dass sie allein mit ihrem Kampf an der Front die russischen Streitkräfte nicht genügend schwächen können, um einen Durchbruch durch deren Verteidigungslinien zu erreichen. Erst und nur wenn die Verstärkung und der Nachschub aus der Tiefe drastisch reduziert werden kann, können die ukrainischen Angriffskräfte ihren Vormarsch mit Aussicht auf Erfolg fortsetzen.

In dieser Lage unterstreicht die Haltung des Bundeskanzlers, dass seine erklärten politischen Zwecke, die Aggression zu beenden, in wichtigen Punkten nicht mit seinem Handeln bei der Unterstützung der Ukraine zusammenpassen. Aktuell ist seine Position zur möglichen Lieferung des TAURUS an die Ukraine ein eklatantes Beispiel.

Der Bundeskanzler hat wiederholt – und auch im Sommerinterview – gefordert, dass sich Russland aus der Ukraine zurückziehen muss. Ihm muss klar sein, dass dieses Ziel deutliche militärische Erfolge der Selbstverteidigung der Ukraine zur Voraussetzung hat. Dazu braucht die Ukraine in dieser Phase ihrer schwierigen Gegenoffensive weitreichende Waffen. Und diese Anforderung – auch an Deutschland – ist lange bekannt. Im Sommerinterview unterlaufen ihm Aussagen, die einerseits den falschen Eindruck erwecken, als ob die TAURUS-Frage nur von „einigen deutschen Personen in Gesprächsrunden“ zum Thema gemacht worden sei und andererseits, dass er einer Mehrheit der Deutschen folge, wenn er es sich bei solchen Fragen schwer mache. Wörtlich sagte er: „wir werden es uns weiter schwer machen“. Man muss sich fragen, ob ihm klar ist, dass er damit jeden Tag den Kampf der Ukraine besonders „schwer macht“, die Verluste und das Leid der Bevölkerung vergrößert, ja den Erfolg infrage stellt.

Am letzten Wochenende haben nun die Regierungen von Dänemark und der Niederlande beim Besuch von Präsident Selenskyj nach der endlich (am 542. Tag der Aggression) erfolgten Zustimmung der US-Administration zugesagt, eigene F-16 Kampfflzeuge an die Ukraine zu liefern und Ausbildung der Piloten und des Wartungspersonals so zügig wie möglich voranzubringen und abzuschließen. Das ist keine Hilfe für die derzeitigen Gefechte im Osten und Süden der Ukraine. Aber es ist klarer Ausdruck, dass westliche Staaten längerfristig an der Seite der Ukraine stehen werden gegen alle imperialen Vorstöße des obsessiv von der Zerstörung der Ukraine beherrschten Wladimir Putin.



Diese Entscheidungen der USA und der Niederlande und Dänemarks, die der Ukraine keine unmittelbare Entlastung, aber doch eine wichtige Perspektive auf dem Weg zu Streitkräften mit westlich geprägter Ausrüstung, Ausbildung und Führung aufzeigen, finden in der Pressekonferenz am 21. August drei befremdliche Aussagen des Pressesprechers:

- + „Wir bewerten keine Lieferungen anderer Länder;
- + es ist wichtig, dass die Ukraine nach Kräften unterstützt wird;
- + unsere Diskussion zur möglichen Lieferung von TAURUS Marschflugkörpern ist noch nicht abgeschlossen.

Drei angemessene Antworten hätten lauten können:

- + die Bundesregierung begrüßt die Entscheidung beider Länder und der USA, die neben unseren bodengebundenen Luftverteidigungssystemen die Luftüberlegenheit der Russen künftig deutlich einschränken und die Wirkung auf militärische Ziele weit hinter der Front ermöglichen werden;
- + um die Kapazitäten für diese Aufgabe neben den Maßnahmen Großbritanniens und Frankreichs schon für die laufenden Gefechte zu verbessern, wird deshalb kurzfristig über die rasche Lieferung von TAURUS-Marschflugkörpern entschieden werden.

„Wir werden es uns weiter schwer machen“ führt dagegen dazu, dass das häufig wiederholte Ziel des Kanzlers: „die Russen müssen sich aus der Ukraine zurückziehen“ weiter in die Ferne rückt und – wenn das der Leitsatz bleibt – sogar ganz unmöglich werden kann.

Das „Schwer machen“ ergibt sich eben nicht aus einer militärischen und militärpolitischen Lagebeurteilung zur erfolgreichen Beendigung der Aggression, sondern orientiert sich an wahrgenommenen, gefühlten Stimmungen in einem Teil der Bevölkerung, der das „sich schwer machen“ passt, weil er offensichtlich mit dem Ziel des Bundeskanzlers gar nicht übereinstimmt. Es ist also an der Zeit, dass der Bundeskanzler diesen Teil der deutschen Bevölkerung mit verfügbaren Argumenten überzeugt, dass Russlands Militär die Ukraine verlassen muss, damit ein fairer Friede möglich werden kann. Für seine richtige Zielsetzung sollte er Mehrheiten schaffen und nicht Umfragewerte für das „Schwer-machen“ heranziehen. Denn das verlängert den Krieg und damit vor allem das Leiden und Sterben aller Ukrainerinnen und Ukrainer, Kinder, Frauen und Männer.

Dass nur umfassend ausgerüstete Streitkräfte im Krieg erfolgreich operieren, muss das Leitprinzip werden und endlich das schritt- und stückchenweise Liefern von Ausrüstung und Waffensystemen ablösen, um die Wende zu Gunsten der Ukraine und der Freiheit des weiteren Europas voranzubringen.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und wird am 28. August 2023 unter dem Titel „Wir werden es uns weiter schwer machen“ im *Behörden Spiegel Newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik*, Nr. 418, erscheinen.



### Über den Autor dieses Beitrags

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



*Dr. Klaus Olshausen*